

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 21. Plenumsitzung vom 4. Juni 2008

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend Ratspräsidentin Barbara Häberli
29 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibelin Lydia Schumacher

**Entschuldigt
abwesend** 6 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivbehörde

Stadtrat	Harald Huber	Stadtpräsident
	Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
	Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
	Stephan Herzog	Soziales
	Walter Müller	Finanzen
	Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
	Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
	Patrick Stutz	Werke

Stadtschreiber a. i. Conrad Gossweiler

Schulpflege Rita Rapold Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Jahresrechnung 2007 (SRB 65/08)

Anträge des Stadtrates auf

- 2.1 Genehmigung der Jahresberichte 2007 der Abteilungen mit Globalbudget
- 2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2007 der Stadt Adliswil
- 2.3 Genehmigung der Jahresrechnungen 2007 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung

3. Geschäftsbericht 2007 (SRB 95/08)

Antrag des Stadtrates auf Abnahme des Geschäftsberichtes 2007

Die Traktanden 2 und 3 gelten auch als Fragestunde.

4. Erweiterung von Tagesstrukturen (Gesch. No. 21/08)

Anträge der Schulpflege auf

- Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Kosten in Höhe von 332'000 Franken für die Erweiterung von Tagesstrukturen zuhanden der Urnenabstimmung. Den Stimmbürgern wird empfohlen, diesem Antrag zuzustimmen.
- Erhöhung des Stellenplans der Schule um 2,5 Stellen für die Erweiterung von Tagesstrukturen.

Beschluss und Empfehlung des Stadtrates (SRB 66/08) auf

- Unterstützung des Vorhabens der Schule, da für künftige Neuzuzüger im Hinblick und in Abstimmung auf die Entwicklung in den Gebieten Lebern, Dietlimoos und Sunnau eine optimale Infrastruktur bereitzustellen ist.
- Rückstellung des Antrages der Schulpflege zur Genehmigung von jährlich wiederkehrenden Ausgaben in Höhe von 332'000 Franken für die Erweiterung der Tagesstrukturen um ein Jahr.

5. Zuständigkeiten zur Erteilung des Bürgerrechts

Motion von Peter Werder und vier Mitunterzeichneten betr. Übertragung der Zuständigkeiten zur Erteilung des Bürgerrechts an im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer an die Einbürgerungskommission – Änderung der Gemeindeordnung per 2010

6. Fussgängerstreifen Soodstrasse

Postulat von Clemens Ruckstuhl und sieben Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Soodstrasse, Beantwortung

7. Verkehrsunfälle Grütstrasse (SRB 100/08)

Interpellation von Susy Senn betr. Verkehrsunfälle Grütstrasse, Beantwortung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Thomas Iseli	Ferien
Martin Koller	krank
Karl Meier	Ferien
Franco Rossi	Weiterbildung
Yannick Wettstein	Auslandaufenthalt
Stefan Winter	krank

1.2 Stimmzähler

Die Ratspräsidentin macht darauf aufmerksam, wer jeweils welche Stimmen zählt.
Sait Acar: Tische EVP, FDP und SVP, Karin Hug: Tische FW und CVP, Fredi Morf:
Tische SP und Präsidium.

1.3 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 9. April 2008 haben Rechtskraft erlangt, bis auf folgende zwei:

- Gegen die Ablehnung des Einbürgerungsgesuches von Herrn und Frau Arifi ist ein Rekurs bzw. eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht worden.
- Gegen den Beschluss „Streichung von Gemeindeleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung per 1. Juni 2008 und Aufhebung der dazugehörigen Verordnung vom 1.2.2006“ wurde das Referendum ergriffen.

1.4 Hinweis auf Stadtrats-Beschluss

Die Ratspräsidentin weist auf den Beschluss des Stadtrates betreffend „Leistungsziele und Indikatoren 2009, Produktgruppenstruktur“ hin, speziell, dass der Gemeinderat diesen Beschluss - neue Produktgruppenstruktur der Stadtverwaltung, gültig ab Geschäftsjahr 2009 - nur zur Kenntnis zu nehmen hat. Über die neuen Leistungsziele und Indikatoren wird der Gemeinderat voraussichtlich in der September-Sitzung befinden.

1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Harald Huber:

- stellt den neuen interimistischen Stadtschreiber Conrad Gossweiler vor
- teilt mit, dass er eine halbe Stunde vor der nächsten Gemeinderatssitzung am 2. Juli 2008 über die Gestaltung des zukünftigen Reportings des Stadtrates zum Geschäfts- und Jahresbericht und zur Jahresrechnung informieren wird

Stadtrat Mario Fehr:

- weist auf folgende zwei Veranstaltungen hin: „Adliswil bewegt sich“ und „Grüt Park Arena 08“ und bedankt sich bei allen Sponsoren und den vielen beteiligten Vereinen, die sich dabei sehr engagieren

1.6 Fraktionserklärung

Patrick Leu, CVP:

Aufgrund der Medienmitteilung des Stadtrates vom 2. Juni 2008 musste die CVP-Fraktion mit Erstaunen feststellen, dass Zusatzkredite von knapp Fr. 428'000.-- gesprochen wurden. Diese Zusatzkredite sind im Budget 2008 nicht eingeplant. Demnach müssen wir davon ausgehen, dass das Budget 2008 wiederum eine Schönung erhalten hatte. Wir verstehen nicht, warum der Stadtrat für ein halbes Jahr einen Ersatz für Bruno Aebischer einstellt. Es gibt sicher eine Stadtschreiber-Stellvertretung, die mit etwas Unterstützung das Amt hätte führen können.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass die Erhöhung um 6 Steuerprozent zu tief war; sie hätte mindestens 9 Steuerprozent sein müssen. Damit wäre die Stadt Adliswil bei einer negativen Jahresrechnung allenfalls in den Genuss des kantonalen Steuerausgleichs gekommen. Diesen Vorschlag hatte die CVP-Fraktion auch am Round-Table gemacht. Das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen stimmt nicht überein. Es drängen sich diesbezüglich folgende Fragen auf:

Was gedenkt der Finanzvorstand zu tun, wenn die erwarteten Gelder nicht in der geplante Höhe eingehen und wie stellt sich der Stadtrat die Budgetgestaltung 2009 vor?

Geht es in diesem Stiel weiter, muss man davon ausgehen, dass die Rechnung 2008 nicht gemäss Budget abschliesst und somit eine erneute Steuererhöhung für 2009 unumgänglich sein wird.

1.7 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 2. Juli 2008 statt. U. a. sind Einbürgerungen geplant.

1.8 Traktandenliste

Rita Rapold, Schulpräsidentin:

Mit Beschluss vom 4.3.08 hat die Schule diesen Antrag zuhanden des Gemeinderates und der Urnenabstimmung verabschiedet. Sowohl der Stadtrat wie auch die RGPK befürworten das Vorgehen und die Einführung von erweiterten Tagesstrukturen grundsätzlich. Aufgrund der finanziellen Lage beantragen sie aber eine Verschiebung um ein Jahr.

Trotz Verschiebung um ein Jahr kann nicht davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2009 keine Kosten entstehen, denn es gilt, den neu eröffneten Mittagstisch im „geschenkten“ Pfadihaus Werd definitiv weiterzuführen. Dieser ist seit der Eröffnung voll belegt und wird weder vom Stadtrat noch von der RGPK in Frage gestellt. Beide Gremien gingen davon aus, dass eine Verschiebung der Erweiterung auch eine Verschiebung der Urnenabstimmung bedeutet. Dies ist aber nicht der Fall - der Antrag der Schule muss dem Souverän unterbreitet werden. Um dem Stimmvolk eine präzise Weisung vorlegen zu können, hat die Schule nach den Rückmeldungen des Stadtrates und der RGPK den Umsetzungsplan nochmals überprüft unter der Prämisse, dass das Rechnungsjahr 2009 möglichst wenig mit zusätzlichen Ausgaben belastet werden soll und auch für die folgenden Jahre die zusätzlichen Kosten aufgeschoben werden sollen. In Absprache mit der Präsidentin der RGPK beantrage ich Ihnen die Streichung des Geschäfts Nr. 4 von der Traktandenliste. Das Traktandum wird voraussichtlich an der Juli -Sitzung behandelt.

Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Demnach fällt das Traktandum 4 weg und ab Traktandum 5 rücken alle eine Position vor.

2. Jahresrechnung 2007 (SRB 65/08)

Anträge des Stadtrates auf

2.1 Genehmigung der Jahresberichte 2007 der Abteilungen mit Globalbudget

2.2 Genehmigung der Jahresrechnung 2007 der Stadt Adliswil

2.3 Genehmigung der Jahresrechnungen 2007 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung

Eintretensdebatte

Susy Senn, Präsidentin der RGPK, zur Jahresrechnung der Stadt Adliswil:

Die Jahresrechnung 2007 ist ein kleiner Lichtblick, schliesst sie doch wesentlich besser ab als budgetiert. Das gute Ergebnis darf aber nicht über die nach wie vor ernste finanzielle Situation hinwegtäuschen, in der sich die Stadt Adliswil immer noch befindet. So stand einem Ertrag von CHF 141'396'252.35 ein Aufwand von CHF 136'539'940.75 gegenüber. Daraus resultiert ein Ertragsüberschuss von CHF 4'856'311.60. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 1'643'000.00. Die Rechnung 2007 schliesst also um 6,5 Mio. Franken besser ab als geplant.

Das bessere Ergebnis ist hauptsächlich auf einen höheren Gewinn bei der Veräusserung des Grundstückes im Wilacker zurückzuführen. Erfreulich ist, dass nicht nur die Einnahmen höher sind als budgetiert, sondern auch die Aufwendungen rund 1 Mio. Franken geringer ausgefallen sind als vorgesehen. Das Eigenkapital konnte sich wieder etwas erhöhen und zwar von knapp 9,9 Mio. Franken auf CHF 17'329'683.66. Dies entspricht fast der Summe wie per Ende 2006. Das Fremdkapital konnte um CHF 14'535'937.39 auf Fr. 102'925'601.59 verringert werden. Der Selbstfinanzierungsanteil für Investitionen oder Schuldentrückzahlungen lag – nachdem er im 2006 mit 0,3 % fast bei null lag – nun wieder bei 10,9 %. Die Nettoinvestitionen von rund 14,8 Mio. Franken konnten zu 86,2 % selbst finanziert werden, was erfreulich ist.

Diese kleinen positiven Meldungen dürfen aber nicht über die prekäre finanzielle Lage der Stadt hinwegtäuschen. Der Aufwandüberschuss vor den ausserordentlichen Erträgen beträgt rund 11 Mio. Franken - so kann und darf es nicht weiter gehen. Obwohl die Steuereinnahmen von CHF 43'655'000.00 im 2006 auf CHF 47'100'000.00 gestiegen sind, lebt die Stadt Adliswil immer noch weit über ihre Verhältnisse.

Auch die Nettoverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner konnte nur minim von CHF 1'689.-- auf CHF 1'634.00 gesenkt werden. Zur Erinnerung: Im 2005 betrug diese Nettoschuld noch CHF 923.00 und im Jahr 2002 hatte Adliswil sogar noch ein Nettovermögen von CHF 1'892.-- pro Einwohnerin und Einwohner ausgewiesen.

Ich kann nur wiederholen, was Patrick Stutz vor einem Jahr schon gesagt hat: „Es ist höchste Zeit zum Handeln. Dies nicht nur für die kommenden Jahre, sondern bereits in diesem Jahr. Auch wenn es schmerzt und einschneidende Massnahmen getroffen werden müssen.“ An der EURO 08 hätte es jetzt die 2. gelbe Karte für die Mannschaft des Stadtrates gegeben; jeder Fussballer weiss, was das heisst.

Der Stadtrat schreibt in seinem Antrag, dass er eine langfristig ausgeglichene Rechnung will. Er will im Rahmen der nächsten Budgetierung Massnahmen in die Wege leiten, die nachhaltig zu einem ausgeglichenen Gemeindehaushalt führen sollen. Dem Gemeinderat wird dringend empfohlen, den Stadtrat in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Die RGPK anerkennt, dass in einigen Ressorts die Sparbemühungen sichtbar sind. So liegen die Ausgaben in den Ressorts Hochbau, Tiefbau, Werke, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und in der Schule unter den budgetierten Ausgaben, im Hochbau, bei den Werken und bei der Schule sogar unter den Ausgaben der Rechnung 2006. Gerade bei der Schule ist dies bemerkenswert, sind doch die unbeeinflussbaren Aufwendungen und Anforderungen des Kantons im gleichen Zeitraum gestiegen. Teilweise sind die geringeren Aufwendungen auch auf die zeitliche Verschiebung von Projekten zurückzuführen. Trotz der angespannten finanziellen Lage gibt es immer noch Ressorts, die dem Spargedanken nicht viel abgewinnen können. So sind die Kosten unter Allgemeines/Präsidiales um CHF 180'000.00 höher ausgefallen als budgetiert. Stark ins Gewicht fällt dabei der Zusatzkredit von CHF 70'000.00 für die Wahlfeier unseres Regierungsrates Dr. Thomas Heiniger. Die Kosten für die Sozialen Aufgaben sind um CHF 400'000.00 höher als geplant, jedoch knapp CHF 200'000.00 tiefer als im Vorjahr. Stark gestiegen sind nochmals die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV mit rund CHF 290'000.00 gegenüber dem Budget und sogar um CHF 450'000.00 höher als im 2006, nachdem sie schon vom 2005 aufs 2006 um CHF 400'000.00 gestiegen waren. Hätte nicht die verbesserte Wirtschaftslage zu Minderausgaben bei den Alimentenbevorschussungen geführt und wären die Nettoaufwendungen des Kinderhauses Werd durch eine sehr gute Platzauslastung und höhere Pensionsgelder nicht um CHF 100'000.00 tiefer ausgefallen als budgetiert, sähe das Bild noch trister aus. Auch beim Ressort Jugend, Freizeit und Sport überschreiten die Ausgaben das Budget um rund CHF 110'000.00 und selbst gegenüber der Rechnung 2006 sind die Nettoaufwendungen um CHF 80'000.00 gestiegen.

Die Gemeindesteuereinnahmen liegen mit rund 43 Mio. Franken zwar 3,2 Mio. über dem Nettoertrag 2006, liegen jedoch ca. 3,3 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert. Leider sind namhafte aktive Steuerauscheidungserträge noch nicht eingetroffen.

Die RGPK hat im Rahmen der Prüfung viele Fragen an den Stadtrat und die Verwaltung gestellt, obwohl die Begründungen zu den Abweichungen bereits vieles geklärt haben. Leider stimmten aber viele gesetzte „Sternchen“ nicht mit den Erklärungen überein, d. h. zu Konten, die mit einem * gekennzeichnet waren, waren keine Erklärungen zu finden, dafür waren Konten erklärt, die gar keine * enthielten. Die Beantwortung aller Fragen erfolgte formal zu unserer Zufriedenheit. Mühsam war, dass die RGPK bei einzelnen Angestellten zuerst mit der gesetzlichen Legitimation drohen musste und erst nach Intervention über den zuständigen Stadtrat zu ihren Auskünften kam. Inhaltlich gaben einige Antworten zu Diskussionen Anlass, z. B. die neuen und teureren Mitarbeiter in der Steuerabteilung. Hier erwartet die RGPK eine Effizienzsteigerung. Befremdet war die RGPK auch über den erhöhten Stundenaufwand des Leiters Altersfragen, der Abklärungen für einen besseren Kostendeckungsgrad vom Wolfs-Haus zu treffen hatte. In der Antwort erfuhr sie so nebenbei, dass das defizitäre Wolf-Haus weiterbetrieben werden soll. Das Einrichten von zwei Tagespflegeplätzen soll den Kostendeckungsgrad erhöhen. Zu reden gaben auch die hohen Kosten von CHF 40'000.00 für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit dem Verkauf der Weierweid. Dies entspricht einer Arbeitszeit von rund vier Monaten.

Ebenfalls viel zu diskutieren gab die Belegkontrolle. Von den rund 23'200 Belegen sind durch sieben Mitgliedern der RGPK rund je 195 Belege, was insgesamt rund 1'350 Belege ergab, kontrolliert worden. Dabei wurde festgestellt, dass fast alle Belege von zwei Personen visitiert wurden wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. In diesem Zusammenhang ersucht die RGPK die Stadt Adliswil dringend, den Ordner mit den Visumsberechtigungen auf den neuesten Stand zu bringen. Erfreulich ist, dass nun weitgehend einheitliche Visumsstempel verwendet werden. Auf einem Beleg des Grundsteuerausschusses wurden die Ausstandsbestimmungen verletzt. Die RGPK empfiehlt dem Stadtrat, beim Unterschreiben solcher Rechnungen mehr Vorsicht walten zu lassen.

Im Rahmen von Diskussionen um Budget und Rechnung wird auch immer von den grossen Sparbemühungen von Verwaltung und Schule gesprochen, insbesondere, dass nicht mehr weiter gespart werden kann. In der Belegkontrolle fallen aber viele kleine und mittlere Ausgaben auf, dessen Notwendigkeit fraglich ist. So gibt es z. B. über 50 Handyrechnungen von Mitarbeitenden der Stadt- und Schulverwaltung, die hauptsächlich nur mit CHF 20.00 pro Monat für Abogebühren in Rechnung gestellt werden, immerhin aufs Jahr hochgerechnet mehr als CHF 12'000.00. Im Bereich Soziales fallen grosszügige und freiwillige gemeinnützige Zuwendungen Ende Jahr im Giesskannenverfahren auf und noch viele zu hohe Beiträge an Mietzinsen. Die Sozialkommission scheint immer noch sehr grosszügig Geld zu verteilen.

Die RGPK dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Jahresrechnung 2007 bis auf die erwähnten Punkte korrekt geführt wurde und auch wenn das Endergebnis nicht erfreulich ist, doch akzeptiert werden kann. Die RGPK empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, der Jahresrechnung 2007 der Stadt Adliswil sowie der Jahresrechnung 2007 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung zuzustimmen. Dies jedoch klar mit dem Hinweis an den Stadtrat, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die Finanzen in den Griff zu bekommen. Der Round-Table ist sicher eine Chance dazu. Ohne Leistungsabbau wird es aber nicht gehen. Zusammen werden Stadt- und Gemeinderat am Round-Table die Leistungen, die abzubauen sind, definieren müssen. Stadtverwaltung, Schule, Stadtrat und Schulpräsidentin sind aufgefordert aufzuzeigen, welche Leistungen heute zu welchem Preis angeboten werden. Nur dann können Wege aus der Misere gefunden werden.

Gabi Barco, Referentin der RGPK, zur Pensionskasse und Sparversicherung:

Die Kontrollstelle Ernst & Young AG hat die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Pensionskasse der Stadt Adliswil für das Geschäftsjahr 2007 auf ihre Rechtmässigkeit geprüft. Dabei wurde die Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben geprüft. Ferner wurde die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes beurteilt. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wurde beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Die Kontrollstelle kam zum Schluss, dass die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz, der Urkunde und den

Reglementen entsprechen und empfiehlt die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen. Einziger rechtlich relevanter Hinweis betrifft die ungesicherten Anlagen und Beteiligungen beim Arbeitgeber (Kontokorrentguthaben von rund CHF 42,2 Mio.), welche mit 39,7% die zulässige Gesamtbegrenzung von 5 % übersteige.

Erläuterungen

Die Pensionskassenkommission hat beschlossen, die Anlage beim Arbeitgeber innert drei bis fünf Jahren auf die rechtlich zulässigen 5 % des Vermögens zu reduzieren. Das Kontokorrentguthaben bei der Stadt wurde nun im Rechnungsjahr 2007 von ursprünglich 52,7 Mio. Franken auf die besagten 42,2 Mio. Franken reduziert. Die von der Stadt Adliswil zurückbezahlten rund 10,5 Mio. Franken mussten demnach reinvestiert werden. Mit rund 7,8 Mio. Franken wurden die Anlagen in Aktien und ähnliche Wertschriften oder Beteiligungen auf 17,4 Mio. Franken erhöht. Zu den Auswirkungen komme ich später.

Im Einzelnen

Die Pensionskasse weist per 31.12.07 einen Deckungsgrad von 112,8 % aus. Das ist 1 % weniger als im Vorjahr. Die Pensionskasse verfügt aber immer noch über mehr als genügend Mittel, um ihren reglementarischen Leistungsverpflichtungen nachzukommen. Die freien Mittel (nach Bildung der Wertschwankungsreserven) haben sich von 6 Mio. Franken auf 3 Mio. Franken reduziert. Dies kann auf folgendes zurückgeführt werden:

- Die Erhöhung des Aktienportefeuilles um fast 50 % bewirkte eine entsprechende Anpassung der Wertschwankungsreserven (Erhöhung um rund CHF 2 Mio.).
- Die Pensionskasse hat per 31.12.07 nicht realisierte Kursverluste auf Aktien und aktienähnliche Wertschriften von rund 1,9 Mio. Franken zu verzeichnen. Die Rendite der Kasse im 2007 fiel damit von 3,9 auf 1,8 %. Die Sparguthaben der Versicherten wurden aber mit 3,5 % (BVG-Minimalzins 2,5 %) verzinst.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es herrscht Unsicherheit an der Börse, Prognosen sind schwierig zu stellen. Gemäss Geschäftsführer der Pensionskasse hat die Pensionskasse beispielsweise per 13.5.08 weitere rund 1,8 Mio. Franken unrealisierten Kursverlust auf Aktien und aktienähnliche Wertschriften erlitten. Die Sparguthaben der Versicherten werden aber auch im 2008 mit 3,5 % verzinst. Dagegen ist im Moment nichts einzuwenden. Die Kasse verfügt ja zurzeit noch über genügend freie Mittel. Es ist aber Vorsicht am Platz. Auch im 2008 fliessen rund 10 Mio. Franken von der Stadt Adliswil in die Pensionskasse, die gut anzulegen sind. Für die Realisierung des Bauvorhabens an der Glärnischstrasse sollen rund 10 Mio. Franken eingesetzt werden. Die aktuellen Anlagen der Pensionskassen in Liegenschaften sind als gut zu bezeichnen. Die Renditen werden von 3,7 bis 6 % ausgewiesen.

Zusammenfassung

Die Vermögenslage der Pensionskasse der Stadt Adliswil ist auch aus Sicht der RGPK nach wie vor als sehr gut zu bezeichnen, und deshalb spricht aufgrund der Empfehlung der Kontrollstelle nichts gegen die Genehmigung der Jahresrechnung 2007.

Auch gegen die Jahresrechnungen 2007 der Spareinlegerkasse und der Sparversicherung gibt es nichts einzuwenden. Die RGPK empfiehlt deshalb einstimmig, die Jahresrechnungen 2007 der Pensionskasse der Stadt Adliswil, der Spareinlegerkasse und der Sparversicherung zu genehmigen.

Ruedi Stieger, Präsident der Sachkommission 1:**Einwohnerwesen**

Die Leistungsziele wurden wieder erreicht, mit einer „lobenswerten“ Ausnahme: Ein durch zwei Abgänge induzierter Versuch mit weniger Personal auszukommen (260 % statt 360 %), musste wegen zu grosser Leistungseinbussen abgebrochen werden. Die Wartezeiten am Schalter und am Telefon wurden zu lange und auch das Leistungsziel „Aktuelle Verfügbarkeit der Einwohnerdaten“ wurde nicht mehr erreicht. Mit den budgetierten 310 %, also einer Einsparung von noch 50 %, konnte die Dienstleistungsqualität aber gesichert werden. Die Jahresrechnung 2007 schliesst mit plus 5 % Nettobudget wenig schlechter ab als budgetiert. Die Ertragsausfälle wegen geringeren gebührenrelevanten Schalterkontakten sind durch Einsparungen zu ca. 2/3 ausgeglichen worden. Die Kommission hat den Eindruck, dass im Einwohnerwesen auch im 2007 gute Arbeit geleistet wurde und dankt dafür allen Beteiligten.

Zivilstandswesen

Diese Produktgruppe bot keinen Anlass zu Diskussionen. Die Leistungsziele wurden erreicht. Die finanziellen Zielabweichungen sind gering, in der Summe positiv und im Geschäftsbericht nachvollziehbar begründet. Auch hier hat die Kommission den Eindruck, dass gute Arbeit geleistet wird und dankt ebenfalls allen Beteiligten.

Die Sachkommission 1 begrüsst die Konsolidierung von diesen beiden Produktgruppen zur Produktgruppe „Einwohnerkontakte“ ausdrücklich.

Zur Sozialberatung

Das Leistungsziel „Verbesserung der beruflichen und sozialen Reintegration durch Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden zur Förderung der persönlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit“ wird mit einer Vielzahl von Angeboten kreativ und oft erfolgreich verfolgt. Das stimmt insbesondere für die neuen Projekte zur Arbeitsintegration: Mit erfolgreicher Stellenvermittlung durch eine spezialisierte Firma einerseits und durch wirksame Triage auf Arbeitswilligkeit von den Gesuchstellenden für wirtschaftliche Hilfe im Bezirksprojekt „Weigweiser“ wurde eine halbe Million Franken eingespart. Zum Indikator „Hoher Refinanzierungsgrad“: Der Refinanzierungsgrad ist schon für das Budget 2007 von 73 auf 70 % gesenkt worden. Im Jahresabschluss 2006 ist er dann auf 65 % gesunken, was mit der restriktiveren Haltung der IV begründet ist. Für das Budget 2008 ist die Refinanzierungsquote neu auf 66 % festgelegt. 2007 sind 66 % erreicht worden, also mehr als 2006, allerdings auch weniger als für 2007 budgetiert, jedoch gemäss dem Budgetziel 2008.

Zum Aufwand:

Die Reduktion der Fallzahlen dank guter Wirtschaftslage und mehr Rückerstattungen durch Lohnentnahmen haben zu einer Entlastung geführt. Leider sind diese positiven Effekte durch eine Zunahme insbesondere von kostspieligen Kinderschutzmassnahmen und dem Anstieg von negativen IV-Entscheiden übertroffen worden. In Summe resultiert eine Aufwandüberschreitung von 0,5 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2007. Die Differenz zur Rechnung 2006 ist etwa halb so gross. Trotzdem hat auch da die Kommission den Eindruck, dass in diesem anspruchsvollen Bereich gute Arbeit geleistet wird und dankt auch hier allen Beteiligten.

Die Sachkommission 1 beantragt einstimmig Zustimmung zu den Jahresberichten 2007 vom Einwohnerwesen, vom Zivilstandswesen und von der Sozialberatung.

Nicole Kappeler, Referentin der Sachkommission 2:

Die SK II konnte sich davon überzeugen, dass in den einzelnen Ressorts gute Arbeit unter nicht immer ganz einfachen Voraussetzungen geleistet wird. Die einzelnen Bereiche arbeiten vermehrt zusammen und ergänzen sich gut. Mögliche Synergien werden genutzt.

Unterhalt Tiefbau

Diese Produktgruppe schliesst mit meinem Mehraufwand von 23`179.-- ab. Gründe dafür sind einerseits Ausgaben, welche für personelle Massnahmen erforderlich waren, und Projekte welche aus Spargründen nicht realisiert werden konnten, z. B. die Al-bisstrasse, denn dadurch konnten weniger verrechenbare Leistungen verbucht werden. Weiter wurde eine im 2006 erbrachte Leistung in der Abfallbeseitigung erst im 2007 in Rechnung gestellt und bezahlt. Positiv ist, dass im Unterhalt Tiefbau mehr Synergien mit anderen Ressorts genutzt werden.

Wasserversorgung

Diese Produktgruppe schliesst mit einem Minderaufwand von 694`008.-- ab. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 108 %. Die gesetzten Wirkungsziele wurden erreicht. Das Ergebnis der geleisteten Arbeit ist als gut zu taxieren.

Gasversorgung

Diese Produktgruppe schliesst mit einem Minderaufwand von 53`668.-- ab. Die gesetzten Ziele wurden erreicht. Durch eine fachkompetente Aufgleisung der Verkaufsverträge der Gasversorgung können wir nun auf einen erfreulichen und finanziell lohnenswerten Verkauf rechnen.

Forst

Diese Produktgruppe schliesst mit einem Minderaufwand von 103`936.-- ab. Der Kostendeckungsgrad wurde wie erwartet gesteigert und liegt bei 83,5 %. Einmal mehr gilt es zu erwähnen, dass diese eher kleine Abteilung ein Paradebeispiel von Führung und Steuerung im eigentlichen Sinn ist. Es wird uns ein vollständiges und klar verständliches Bild der geleisteten Arbeit, aber auch der notwendigen Massnahmen und Konsequenzen zukunftsorientiert aufgelistet. Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass, seit vergangenem Jahr zwei Forstwartlehrlinge ausgebildet werden und deren Vorgänger seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Lange wurde von der Anschaffung des Nutzfahrzeuges Reform-Mulli gesprochen, endlich konnte es angeschafft werden und auch hier können für den Winterdienst Synergien ressortübergreifend genutzt werden.

Park-, Sport- und Grünanlagen

Diese Produktgruppe schliesst mit einem Mehraufwand von 32`651.-- ab. Abweichungen wurden gut begründet und sind nachvollziehbar. Der Erscheinung unseres Stadtbildes wird trotz Sparmassnahmen eine hohe Beachtung geschenkt, was sehr lobenswert ist. Seit einigen Jahren werden die stets steigenden Anforderungen mit dem in etwa gleichen Stellenetat bewältigt.

Trotz Sparmassnahmen dürfen wir nicht vergessen, dass es noch eine andere Lebensqualität in einer Stadt gibt als finanziellen Reichtum. In diesem Sinne möchten wir allen Mitarbeitenden in den von uns geprüften Produktgruppen für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr ein herzliches Dankeschön aussprechen. Wir schätzen ihre Arbeit sehr. Die Sachkommission II empfiehlt Annahme der Globalbudgets Unterhalt Tiefbau, Gas- und Wasserversorgung, Forst, Park-, Sport- und Grünanlagen.

Hans-Peter Nyffeler, Präsident der Sachkommission 3:

Bei der Produktgruppe Stadtpolizei konnte das Globalbudget 2007 von Fr. 816'200.-- mit einer Kostendeckung von 31,2 % und einem Nettoaufwand von Fr. 792'324.-- und einer Kostendeckung von 34,6 % (3,4 % besser als budgetiert) und einem Minderaufwand von rund Fr. 24'000.-- gut eingehalten werden.

Die Soll-Ziele der Indikatoren wurden überall erreicht. Besonders erfreulich ist die Steigerung beim "Anteil der Arbeitszeit im Aussendienst in Prozenten": Das Sollziel von 50 % wurde mit einer Rekordhöhe von 52,4 % erreicht. Als wir vor sieben Jahren mit NPM begonnen haben, war das Sollziel rund 40 %. Dies ist ein gutes Beispiel, wie mit praxisbezogenen Leistungszielen und Indikatoren einiges erreicht werden kann, und vor allem dem Wunsche der Bevölkerung nach sichtbarer Präsenz ihrer Polizisten im Quartier und den zu Fuss patrouillierenden Polizisten im Zentrum nachzukommen. Die Anzahl „Delikte Leib und Leben“ sind im 2007 stark angestiegen, dies infolge des neuen Gewaltschutzgesetzes, das seit 1. April 2007 in Kraft ist. Bei Anzeigen von "häuslicher Gewalt" braucht es keine Klagen mehr. Es handelt sich dabei um ein Offizialdelikt, bei dem die Polizei ein Verfahren eröffnen muss. Ebenfalls eine starke Zunahme war bei den Anzeigen wegen unkorrekt entsorgtem Abfall zu verzeichnen. Die über 70 Anzeigen ergeben einen Aufwand von ca. 200 Mannstunden. Die Sachkommission wünscht, dass in Zukunft eine einfachere Lösung mit Einnahmen für die Stadt durchgeführt wird. Die von der Kommission gestellten Fragen wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen ist sehr gut. Von dieser Abteilung haben wir einen prima Eindruck. Wiederum konnte festgestellt werden, dass in diesem Ressort vorbildlich nach Führung und Steuerung gearbeitet wird. Wir sprechen den Verantwortlichen der Produktgruppe Stadtpolizei für die vorbildliche Führung der Globalbudgets und der Rechnung 2007 unseren besten Dank aus.

Bei der Produktengruppe PEPPERMIND wurde das Globalbudget von Fr. 368'400.-- exakt eingehalten. Alle Soll-Ziele konnten grossmehrheitlich erreicht oder sogar übertroffen werden. Einzig bei der Betreuung der Stammkundschaft, welche sehr zeitintensiv ist, konnte das Soll-Ziel von 150 Stammkunden nicht erreicht werden. Durch die Einführung der Outlook-Datenbank können die Kundenkontakte nun einfacher erfasst werden, und es erleichtert die Vernetzung der Jugendlichen nach ihren Interessen enorm. Neben den verschiedensten Veranstaltungen und Coachingthemen hat sich der Oberstufentreff des PEPPERMIND als grosses Bedürfnis etabliert und bleibt auch in Zukunft als fester Bestandteil erhalten. Nachdem die Skateranlage Tüfi im Sommer 2007 aus Sicherheitsgründen geschlossen werden musste, organisierte sich eine Gruppe junger Erwachsener BMX-Fahrer zu einem Verein mit dem Ziel, die Skaterelemente kostengünstig und professionell zu sanieren. Die neue Skateranlage wurde vor einigen Tagen wieder eröffnet und wird rege benützt. Zudem konnten in der Zivilschutzanlage Sonnenberg zwei Bandräume eingerichtet werden, welche ab anfangs 2008 an junge Musikgruppen vermietet wurden. Für die Zukunft soll vermehrt die Geh-Struktur verstärkt werden, indem das PEPPERMIND-Team an öffentlichen Anlässen (Chilbi, Midnight-Basketball, Schulsilvester etc.) präsent sein wird, um vor Ort mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen. Mittels Umfrage und Interviews erhielt PEPPERMIND im Rahmen des Projekts PULSMESSER wichtige Erkenntnisse und Rückmeldungen zum Freizeitverhalten von Jugendlichen. Rund 400 Adliswiler Jugendliche von 12 bis 24 Jahren nahmen an der Umfrage teil, wobei 80 % der Teilnehmer sich auf die 13- bis 17-jährigen verteilte. Die Umfrage zeigt eindeutig, dass die Sportvereine mit Jugendabteilungen sowie die Jugendverbände Jung-

wacht/Blauring, Pfadi und Cevi eine sehr wichtige Aufgabe in der Stadt Adliswil übernehmen. PEPPERMIND ist für fast alle ein Begriff, jedoch kennen viele das Angebot von PEPPERMIND nicht. Alle von uns gestellten Fragen wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen ist gut. Wir erteilen ein Kompliment für das grosse Engagement. Einmal mehr waren wir erstaunt, wie vielfältig und ideenreich die verschiedenen Beteiligungen sind.

Die Jahresberichte der Produktgruppen Stadtpolizei und PEPPERMIND werden dem Gemeinderat von der Sachkommission 3 einstimmig zur Genehmigung beantragt.

Stadtrat Walter Müller:

Am 20. Dezember 2006 wurde das Budget 2007 vom damaligen Präsidenten der RGPK, Patrick Stutz, mit folgenden Worten verabschiedet: „Es wurde realistisch budgetiert und die Sparbemühungen des Stadtrates sind sichtbar.“ Heute steht die Rechnung 2007 zur Diskussion und Abnahme bereit – ein Abschluss, der einmal positive Zeichen setzt. Nach fünf Jahren sehen wir wieder einmal einen Lichtblick. Einem Aufwand von 136,5 Mio. Franken steht ein Ertrag von 141,4 Mio. Franken gegenüber, das ergibt einen Ertragsüberschuss von 4,9 Mio. Franken. Das gute Ergebnis kam im Wesentlichen durch den überaus guten Landverkauf im Wilacker zustande gekommen. Aber auch die gute Budgetdisziplin der Verwaltung hat ihr Übriges dazu beigetragen. Bei den Investitionen konnten 14,8 Mio. Franken realisiert werden, was einem Selbstfinanzierungsgrad von 86 % entspricht. Auch in der Bilanz wirkt sich der Ertragsüberschuss positiv aus: das Eigenkapital weist einen Bestand von 17,3 Mio. Franken aus. Das bessere Ergebnis 2007 wurde im Wesentlichen durch den erwähnten Landverkauf sowie 3,6 Mio. Franken höhere Steuereinnahmen als im 2006 und durch Sparmassnahmen von rund 1 Mio. Franken erzielt.

Wir stecken nach wie vor in einer überaus schwierigen Finanzlage. Um dieses Problem zu lösen braucht es harte und unpopuläre Entscheide - auch von Ihnen.

Rita Rapold, Schulpräsidentin:

Die Schule Adliswil und natürlich alle Schule im Kanton Zürich durchlaufen seit zirka zehn Jahren einen grundlegenden Wandel. Im Juni 2005 haben die Stimmberechtigten das neue Volksschulgesetz angenommen, und das schreibt zahlreiche Neuerungen einheitlich und verbindlich fest. Mit diesen Neuerungen kamen aber auch die Kosten, die den Gemeinden als übergeordnete Beschlüsse abgewälzt wurden.

Die Schule Adliswil hat in den vergangenen fünf Jahren einen Grossteil des neuen Volksschulgesetzes umgesetzt und erprobt. Sie hat eine Schul- und Verwaltungsreform durchgeführt, Strategisches von Operativem getrennt, und sie arbeitet prozessorientiert. Von 2005 bis 2007 sind der Schule mehr als 3 Mio. Franken durch übergeordnete Beschlüsse aufgebürdet worden. Das geht von der Einführung von Schulleitungen über Blockzeiten und Lohnentwicklung bis zum Wegfall von Staatsbeiträgen, Erhöhung der Versorger-taxen und vieles mehr. Die Schule weist jedoch in der Rechnung 2007 einen Minderaufwand von Fr. 820'000.-- gegenüber der Rechnung 2005 auf – das sind Einsparungen von 3,8 Mio. Franken. Sie finden die Entwicklung auf dem Blatt, das Sie erhalten haben. Die Schule hat gespart und wird es auch weiterhin tun. Ich danke der RGPK, dass sie den Sparwillen der Schule erkannt und lobend erwähnt hat.

Patrick Leu:

Die CVP Adliswil ist im Grossen und Ganzen mit der Jahresrechnung 2007 zufrieden. Erfreulich ist, dass seit dem Jahr 2001 wieder einmal eine positive Jahresrechnung abgenommen werden kann. Das bessere Ergebnis ist hauptsächlich auf den höheren Veräusserungsgewinn des stadteigenen Grundstückes im Wilacker zurückzuführen. Somit kann dieses gute Ergebnis eher als ernüchternd betrachtet werden. Weiter fielen die Steuereinnahmen um 2,4 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert, jedoch erfreulicherweise um 3,4 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Es gilt aber zu beachten, dass die Steuerkraft pro Einwohner seit 2001 von Fr. 3'528.-- bis im Jahr 2006 auf Fr. 2'410.-- abgenommen hat. Das zeigt, dass die Steuereinnahmen während den letzten Jahren stetig zurückgegangen sind. Dieser Rückgang um Fr. 1'118.-- hätte den Stadtrat alarmieren müssen, und die Steuern hätten niemals in diesem Masse gesenkt sondern bereits vor Jahren erhöht werden müssen. Dann wären wir nicht in ein solches finanzielles Debakel hineingeraten. Hoffen wir, dass sich die Einnahmen dank der nötigen Steuererhöhung wieder positiver entwickeln.

Was der CVP vor allem Sorge bereitet, ist die Entwicklung im Bereich Soziale Aufgaben. Wir sind uns bewusst, dass mehrere Faktoren Einfluss haben. Nebst der demografischen Altersentwicklung spielen auch die Konjunkturlage der Wirtschaft, die Zahl der Arbeitslosen sowie die Sozialhilfe eine grosse Rolle. Hier sieht die CVP noch Einsparungspotential. Der Nettoaufwand im 2007 war um Fr. 533'000.-- höher als budgetiert und um Fr. 268'000.- höher als im 2006. Für das Jahr 2008 wurde im Budget ein Nettoaufwand von Fr. 4,1 Mio. veranschlagt. Dies ist meiner Ansicht nach optimistisch, wenn man die Zahlen vom 2007 anschaut. Wenn es in diesem Stil weitergeht, werden die Kosten im Ressort Soziales aus dem Ruder geraten, und ein grosses finanzielles Problem wird auf uns zukommen. Verschiedene Hinweise deuten darauf hin, dass im Ressort Soziales dringender Handlungsbedarf besteht, und zwar sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht. Wie zu vernehmen ist, hat wiederum eine kompetente Mitarbeiterin gekündigt.

Reto Günthardt:

Wenn man die Rechnung 2007 überprüft, zeigen diverse Beispiele, dass man zwar vom Sparen redet, aber der Sparwille bei der Verwaltung und der Exekutive im Jahr 2007 wiederum nicht überall angekommen ist. Nachfolgend drei Beispiele, die mich nachdenklich stimmen:

Beispiel 1

Konto 3170.01, Repräsentationskosten Stadtrat	Budget 2007	Fr. 22'300.--
	Rechnung 2007	<u>Fr. 93'226.--</u>
	Mehraufwand	Fr. 70'926.--

Begründung: Feier Regierungsratswahl von Thomas Heiniger.

Natürlich kann eine Regierungsratswahl gefeiert werden, aber Bescheidenheit zu Gunsten des Steuerzahlers wäre in der jetzigen Situation angebracht.

Beispiel 2

Konto 3180.01, Informatik (061)	Budget 2007	Fr. 171'200.--
	Rechnung 2007	<u>Fr. 205'720.60</u>
	Mehraufwand	Fr. 34'520.60

Begründung: Einkauf fremder Leistungen wegen fehlenden Ressourcen und ungeplanten Arbeiten. Diese Abteilung mit drei Stellen sollte die Arbeiten selbst erledigen können.

Beispiel 3

Konto 3090, Allg. Personalaufwand/Tiefbau	Budget 2007	Fr. 10'600.--
	Rechnung 2007	<u>Fr. 40'276.83</u>
	Mehraufwand	Fr. 29'676.83

Begründung: Hoher zusätzlicher Aufwand für Stelleninserate, da Fachkräfte kaum mehr zu finden sind. Die Inseratekosten beispielsweise des Tagesanzeigers sind zwar hoch, aber eine solche Budgetüberschreitung scheint mir sehr fraglich.

Diese Beispiele lassen sich fortführen und zeigen, dass der Sparwille immer noch nicht überall vorhanden ist. Es kann nicht angehen, dass mit dem Geld der Steuerzahlenden umgegangen wird, als ob es auf der Strasse liegen würde. Für uns heisst das, bei der nächsten Budgetberatung den Sparauftrag gemäss den Aufgaben der Legislative durchzusetzen. Man könnte jetzt noch diverse Forderungen an den Stadtrat stellen. Eine wäre, dass er sich nicht nur auf die strategische Tätigkeit konzentrieren sollte, sondern seiner zugewiesenen Abteilung vermehrt und gerade auch in Geldfragen auf die Finger schauen müsste. Grundsätzlich hoffe ich aber, dass diese Fragen mit konkreten Ergebnissen am runden Tisch ausdiskutiert werden. Ich danke dem Stadtrat nochmals für diese Art der Vorgehensweise. Konstruktive Gespräche und Einigungen zu Massnahmen an einem runden Tisch führen Adliswil hoffentlich auf einen guten Weg. Wir erwarten, dass jetzt gehandelt wird und Resultate erreicht werden, entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates mittels der Motion „Einsparungen im 2009“.

Rita Schmid:

Zuerst danke ich im Namen der SP-Fraktion allen Mitarbeitenden der Städtischen Verwaltung. Es ist bestimmt nicht leicht, die Motivation und Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, wenn immer wieder heikle Angriffe von aussen erfolgen. Hinter den Zahlen, die die Rechnung 2007 ausmachen, stehen Menschen, die unzählige Arbeitsstunden geleistet haben.

Zur Rechnung: Sie schliesst besser ab als erwartet. Statt einem Aufwandüberschuss resultiert ein Ertragsüberschuss, weil ein schönes Grundstück zu einem guten Preis verkauft werden konnte. Die SP-Fraktion sagt nicht, dass das ein guter Rechnungsabschluss ist, wenn man mit einem einmaligen Ereignis besser als geplant abschliessen kann. Aber der Grundstückverkauf nimmt Druck weg, und es ist wichtig, dass nicht mit Polemik und Druck Resultate erzielt werden müssen. Es geht uns darum, dass man umsichtig die grosse Herausforderung einer langfristigen ausgeglichenen Rechnung erreicht. Wir wollen gemeinsam nach nachhaltigen Lösungen suchen.

Datailberatung

Zuerst erfolgt die Beantwortung der pendenten Frage von Robert Wälle aus der Ratssitzung vom 5. März. Robert Wälle hatte folgende Frage gestellt: „Ist der Überschuss, der letztes Jahr vom BVG erarbeitet wurde, höher ist als das kantonale Mittel?“

Stadtrat Walter Müller:

Leider gibt es kein offizielles kantonales Mittel, aber es gibt verschiedene BVG-Erhebungen. Ich nenne Ihnen zwei Ergebnisse: Das vom Kanton (BVK) weist einen Durchschnitt von 2,9 % aus, das von der CS mit verschiedenen Pensionskassen weist 1,8 % aus. Unser BVG hat ebenfalls 1,8 % erreicht.

Allgemeine Fragen**Fredi Morf:**

1. Wie weit ist der Stand des Projekts „Sihlufeweg“?
2. Gibt es verbindliche Verträge mit dem AWEL?
3. Gibt es allenfalls die Möglichkeit, in der heutigen finanziellen Situation von diesen Verträgen auszusteigen?

Stadträtin Astrid Romer:

Vorab: Das Projekt wird vom Kanton geführt, der laufende gerichtliche Prozess wird ebenfalls vom Kanton geführt, die Stadt Adliswil ist nicht miteinbezogen.

Zur 1. Frage:

Im 2005 hat der Stadtrat das Projekt „Hochwasserschutz“ öffentlich aufgelegt. Erarbeitet wurde es vom Kanton, und dieser hat u. a. vorgeschlagen, einen Sihlufeweg zu erstellen, weil er diesen für den Unterhalt der Böschungen und der Uferzonen nutzen möchte. Gleichzeitig bietet dies unserer Stadt Gelegenheit, die Attraktivität des Zentrums zu erhöhen, ein wichtiges Anliegen von Adliswil. Aus diesem Grund hat der Stadtrat im 2005 und später auch der Gemeinderat dem Projekt zugestimmt, denn eine attraktive Finanzierung war damit auch verbunden. Der Kanton übernimmt nämlich die Hälfte der Erstellungskosten und die gesamte Planung und Durchführung. Während der öffentlichen Auflage gab es Einsprachen, die vom AWEL behandelt wurden; die meisten konnten bereinigt werden.

Im Januar 2007 hat der Regierungsrat das Hochwasserschutzprojekt - inklusive Sihlufeweg - festgesetzt und den Ausführungskredit von knapp 2,9 Mio. Franken gesprochen. Die nicht bereinigten Einsprachen wurden mit gleichem Beschluss abgewiesen. Darauf hin kam es durch eine Einsprecherin zu einer Beschwerde an das Verwaltungsgericht. Der Entscheid des Verwaltungsgerichtes hat sich verzögert, weil in der Zwischenzeit der Kanton mit der Beschwerdeführerin eine einvernehmliche Lösung gesucht hatte, was jedoch nicht gelungen ist. Nach dieser Phase hat das Verwaltungsgericht nicht materiell entschieden, sondern die Beschwerde wegen eines Formfehlers gutgeheissen. Damit ist die Sache wieder beim Kanton, der nun dies bereinigen und dann weiterführen wird.

Während der ganzen Zeit hat der Stadtrat mehrmals bestätigt, dass er an diesem Projekt festhält. Weil das Projekt vom Regierungsrat festgesetzt ist, ist es relativ schwierig, Rücktrittsgedanken aufzunehmen.

Zur 2. und 3. Frage:

Es gibt keine verbindlichen Verträge, aber wir haben das schriftlich vereinbart und jeweils bestätigt, dass wir mit dem Vorgehen einverstanden sind. Insofern meine ich, ist es

eher eine politisch schwierige Frage, ob man von etwas zurücktreten kann, das der Regierungsrat in gutem Glauben eingeleitet hat.

Davide Loss:

Ich habe Fragen zur Kreditbewilligung für die Wiederbesetzung der Stadtschreiber-Stelle.

1. Wie setzt sich der Kredit von Fr. 60'000.-- genau zusammen?
2. Wie kann der Stadtrat diesen hohen Kredit im Lichte der Sparmassnahmen rechtfertigen? Aus meiner Sicht ist der Betrag sehr hoch.

Für die SP-Fraktion sind auch die Wahlfeier-Kosten immens. Da Fr. 60'000.--, dort Fr. 70'000.-- und auf der anderen Seite hat der Gemeinderat den schwächsten unserer Gesellschaft die Gemeindegzuschüsse zur AHV-/IV gestrichen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat hat die knapp Fr. 60'000.-- beschlossen, um in der Ausschreibung und Besetzung der Vakanz begleitet zu werden. Ungefähr zur Hälfte verteilt sich der Betrag für Beratung und Inserate.

Spezifische Fragen

Thomas Fässler, S. 3, Konto 30, Personalaufwand

Gemäss Medienmitteilung des Stadtrates vom 2. Juni 2008 wurden Fr. 140'000.-- Zusatzkredit für den Einsatz eines externen Beraters zur interimistischen Übernahme der Funktion als Stadtschreiber und Geschäftsleiter ab Juni 2008 gesprochen.

Frage: Ist der Lohn von Herrn Aebischer nicht in der Rechnung bzw. im Budget enthalten? Warum braucht es ein solch hoher Zusatzkredit? Ich nehme an, Herr Aebischer bekommt nach seinem Weggang keinen Lohn mehr und dieser Budgetposten (100 % Lohn) sollte für den Ersatz von Herrn Gossweiler (30 - 50 %) ausreichen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Bruno Aebischer bezieht seit seinem Weggang per Ende Mai keinen Lohn mehr. Wenn der Stadtrat aber eine interimistische Lösung für einen Berater, der im Stundenansatz arbeitet, muss er den entsprechenden Kredit sprechen.

Fredi Morf (für Martin Koller), S. 11, Konto 3170, Repräsentationskosten und Spesen

Aufgrund welcher Rechtsgrundlage hat der Stadtrat beim Konto 3170 einen Zusatzkredit von Fr. 70'000.-- gesprochen?

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Beschluss beruht auf der Gemeindeordnung, Art. 36, 2.1.

Patrick Leu, S. 25, Konti 4006 und 4007, aktive und passive Steueraus-scheidungen

Ende Dezember wurde bekannt, dass die Stadt Adliswil mittels Steueraus-scheidung Steu-ergelder im einstelligen Millionenbetrag erhalten soll. Sind diese Gelder schon einge-gangen? Wenn nein, bis wann kann damit gerechnet werden?

Stadtrat Walter Müller:

Diese Steuergelder sind noch nicht eingegangen. Abklärungen beim kantonalen Steuer-amt haben ergeben, dass dies in der zweiten Jahreshälfte erfolgen wird.

Nicole Kappeler, S. 54, Konto 709

Aus den Medien konnte man entnehmen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger ih-re Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen, und zwar handelt es sich um die obliga-torische Kranken-Grundversicherung. Dies musste ich leider auch in meinem beruflichen Alltag feststellen. Deshalb habe ich folgende Fragen:

1. Wer kommt in solchen Fällen für die Leistungen von Ärzten und Spitälern auf?
2. Sind in Adliswil diesbezügliche Kosten bekannt?

Stadtrat Heinz Spälti:

In der Regel werden Leistungen - ausser Nothilfeleistungen - gestoppt. Bei Sozialhil-feempfängerinnen und -empfängern, die die Krankenkassenprämie nicht bezahlen, wird die Krankenkassenprämie von der Sozialhilfe nachbezahlt. Dies ist der günstigere Weg, als nachher die ganze Rechnung vom Spital zu übernehmen. Dann gibt es auch in je-dem Spital einen Posten „Debitorenverluste“, und dieser ist nicht unerheblich.

Stadtrat Stephan Herzog:

Zur Ergänzung: Wenn Leute keine Sozialhilfe beziehen und die Krankenkassenprämien nicht bezahlen, müssen in Nothilfefällen die Gemeinden aufkommen. Bei Sozialhil-feempfängerinnen und -empfängern ist es so, dass die Sozialhilfe nachzahlt, dann aber diese Zahlungen am Grundbedarf abzieht, bis die Schuld beglichen ist.

Nicole Kappeler:

Mich nimmt wunder, wie viele diesbezügliche Kosten von Nichtsozialhilfe-Empfängern anfallen. Ich habe gehört, dass es sehr viele Fälle gibt.

Stadtrat Heinz Spälti:

Ich kenne diese Zahlen nicht. Wir partizipieren aber am Debitorenverlustkonto der Spitä-ler Triemli, Waid und Sanitas. Das ist aber innerhalb der Gesamtabrechnung.

Roger Neukom, S. 57, Konto 716, Pflegewohngruppe für demente Betagte

1. Ist der Stadt Adliswil bekannt, dass der Investor der Pflegewohngruppe die Bilanz der Mauersegler AG deponieren musste? Hat das Konsequenzen für uns als Mieterin?

2. Der Investor hat immer wieder propagiert, das Gebäude nach Minergie P-Standard zu erstellen. Ist dem Stadtrat bekannt, ob das Gebäude entsprechend zertifiziert worden ist?

Stadtrat Stephan Herzog:

Zur 1. Frage:

Die Mauersegler AG ist nicht Geschäftspartnerin der Stadt Adliswil, denn wir sind Mieterin bei der Privatperson, Herr Thomann. Deshalb hat der Geschäftsgang der Mauersegler AG keinen direkten Einfluss auf unser Mietverhältnis.

Der 2. Frage gehe ich gerne nach, und ich werde sie an der nächsten Ratssitzung beantworten.

Robert Wälle, S. 70, Konto 3010.01:

Wie uns bekannt ist, wurden dem Sekretär der Schule im Geschäftsjahr 2006 ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Ueberstunden ausbezahlt. Ich habe dazu fünf Fragen:

1. Wie viele Stunden Ueberzeit wurden im Geschäftsjahr 2007 ausbezahlt?
2. Wie hoch ist der Betrag für die bezahlten Ueberstunden für das Geschäftsjahr 2007?
3. Welche Gründe haben zur Auszahlung statt Kompensation geführt?
4. Wurden im Geschäftsjahr 2007 noch anderen Angestellten der Schule Ueberstunden ausbezahlt?
5. Wurde im Budget 2008 die Auszahlung von Ueberstunden einkalkuliert?

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Zur 1. Frage: Dem Sekretär wurden keine Überstunden ausbezahlt. Insgesamt wurden 261 Stunden an vier Angestellte ausbezahlt.

Zur 2. und 4. Frage: Die Kosten für die 261 Stunden beliefen sich auf Fr. 14'688.75.

Zur 3. Frage: Überlastung, Ablehnung der Aufstockung der Stellenprozente; drei dieser Personen haben bedauerlicherweise die Schule verlassen. Es wurden Langzeitkonti, Gleitzeitaldi und Ferienanteile ausbezahlt.

Zur 5. Frage: Nein – grundsätzlich gilt „es werden keine Überstunden ausbezahlt“.

Fredi Morf (für Martin Koller), S. 75, Konto 3640:

1. Wie viele Schüler von Adliswil besuchen eine Privatschule und welche?
2. Beteiligt sich die Stadt Adliswil an den Kosten für diese Privatschulen?
3. Wenn ja, warum und mit welchen Beträgen?
4. Wenn sich die Stadt Adliswil an den Kosten beteiligt, wo in der Rechnung 2007 sind diese ersichtlich?
5. Trifft es zu, dass die Schule ein Abschlussfest durchgeführt hat mit ca. Fr. 26'000.-- Kosten?

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Zur 1. Frage:

Es besuchen 196 Schülerinnen und Schüler eine Privatschule:

- 91 (50 m, 41w) die ZIS
- 52 (29 m, 23 w) die Rudolf Steiner Schule
- 53 (25 m, 28 w) verschiedene andere Privatschulen

Zur 2. Frage:

Nein. Das Schulgeld an Privatschulen haben die Eltern zu bezahlen. Laut § 71 des Volksschulgesetzes haben die Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, das Recht, bei der Gemeinde an ihrem Wohnort die in der Volksschule abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich zu beziehen, die Musikschulen zu besuchen und die Angebote des freiwilligen Schulsports zu benutzen. Sie haben an ihrem Wohnort Anspruch auf Therapien einschliesslich der dafür notwendigen Abklärung. Die Schulpflege entscheidet über Art und Umfang der Leistungen.

Zur 3. Frage:

Bei den oben aufgeführten Privatschulen entstehen für die Schule Adliswil keine Kosten, ausser der allfälligen Abgabe der Lehrmittel.

Zur 4. Frage:

Die Schule beteiligt sich nur an Kosten für Sonderschulungen. Wenn jemand unter dem Status „Sonderschulung“ in eine Privatschule versetzt wird, muss dies von der Schule angeordnet sein, und dazu müssen (schul)psychologische Abklärungen und ärztliche Gutachten vorliegen. Diese Kosten finden Sie unter dem Konto „Sonderschulung“.

Zur 5. Frage:

Ja, das trifft zu. Die Schule Adliswil führt jedes Jahr das traditionelle Jahresabschlussessen durch. Dazu werden werden alle an der Schule Beteiligten eingeladen. Es werden jeweils zirka 450 Einladungen verschickt, rund die Hälfte der Angestellten meldet sich an. Das heisst, auch dieses Jahr rechnet die Schule mit ungefähr 220 – 260 Gästen; Kosten pro Person rund Fr. 100.--. Dieser Anlass dient der Wertschätzung dem Personal gegenüber, es finden auch Pensionierungen, Verabschiedungen und Ehrungen statt.

Beschlüsse**2.1 Die Jahresberichte 2007 der Abteilungen mit Globalbudget werden genehmigt:**

Zustimmung.

2.2 Die Jahresrechnung 2007 der Stadt Adliswil wird genehmigt:

Zustimmung.

2.3 Die Jahresrechnungen 2007 der Pensionskasse der Stadt Adliswil und der Sparversicherung werden genehmigt:

Zustimmung.

3. Geschäftsbericht 2007 (SRB 95/08)

Antrag des Stadtrates auf Abnahme des Geschäftsberichtes 2007

Eintretensdebatte

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Im Geschäftsbericht 2007 sind wiederum die verschiedensten statistischen Angaben rund um die Geschäftstätigkeit der Stadt Adliswil ersichtlich. Es wurden alle Tätigkeiten der politischen Behörden, der Verwaltung, der Schule, dem Friedensrichter, dem Stadtmann- und Betreibungsamt minutiös zusammengefasst. Es handelt sich um ein Nachschlagewerk für uns und die Steuerzahlenden. Mit dem Geschäftsbericht wird das Jahr 2007 definitiv abgeschlossen. Der Bericht ist übersichtlich, aber auch sehr aufwändig gestaltet und vor allem im Finanzteil schwierig nachvollziehbar.

Die einzige Ungereimtheit, die die RGPK festgestellt hat, sind nicht übereinstimmende Zahlen im Bereich Soziales. Es scheint, dass hier ungenau gearbeitet wurde, und die Arbeit nicht überprüft wurde. Die RGPK dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten für ihren Beitrag und die Erstellung des Geschäftsberichts. Die RGPK empfiehlt einstimmig, den Geschäftsbericht 2007 abzunehmen.

Patrick Leu:

Mir ist auch aufgefallen, dass diverse Zahlen im Bereich Soziale Aufgaben nicht mit der Jahresrechnung übereinstimmen. Auf meine diesbezügliche Anfrage wurde mir bestätigt, dass die Zahlen übereinstimmen müssten. In Zukunft wolle man besser darauf achten und die Eingaben durch eine zweite Person überprüfen lassen. Hoffentlich wird der Geschäftsbericht nochmals redigiert, bevor die „Online-Version“ aufgeschaltet wird.

Thomas Fässler:

Der Geschäftsbericht 2007 gibt wieder einen sehr guten Überblick über das Geschehene im vergangenen Jahr. Wichtig scheinen mir die Berichte zur Zielerreichung im Zusammenhang der Legislaturziele auf Seite 13, geben sie uns doch die Möglichkeit, bei Unstimmigkeiten einzugreifen. So konnten gemäss Bericht die meisten Punkte erfüllt werden. Zum Beispiel wurden die Ziele für das Entwicklungsgebiet Lebern-Dietlimoos erfüllt, mit den Planern des öffentlichen Verkehrs konnten die Bedürfnisse in Sachen Mobilität für die Zukunft gesichert werden. Die Schule konnte die verschiedenen Reformen des neuen Volksschulgesetzes planmässig umsetzen oder vorbereiten. Einzig die Zentrumsgestaltung ist wegen den finanziellen Problemen der Stadt ins Stocken geraten.

Eine Verknüpfung des Geschäftsberichtes mit der Rechnung - aus zwei mach eins - wie vom Stadtrat in einzelnen Gremien bereits vorgestellt und vorher vom Stadtpräsidenten angetönt, ist zu begrüßen. Man soll sich in Zukunft gut überlegen, für wen die Informationen von Nutzen sind. Sicherlich kann auch hier etwas gespart werden. Die CVP bedankt sich bei den Autoren und empfiehlt den Geschäftsbericht 2007 zur Abnahme.

Datailberatung und allgemeine Fragestunde

Thomas Fässler, S. 29:

Hier sieht man, dass die Bevölkerung von 2006 auf 2007 um 189 Personen zugenommen hat. Auf Seite 35 ist zu sehen, dass die Anzahl Natürlicher Personen, die Steuerpflichtig sind, um 66 abnimmt. Was sind die Gründe? Ist allenfalls ein Trend erkennbar?

Stadtrat Walter Müller:

Auf der Seite 35 muss man die Natürlichen Personen und Quellensteuerpflichtige zusammenzählen, dies ergibt eine Zunahme von 80 Personen. Die Differenz sind nicht Steuerpflichtige, z. B. Kinder.

Clemens Ruckstuhl, S. 85 - 86, Nutzung und Betrieb des Hallen- und Freibades im Tal:

Die Abweichung zwischen Rechnung und Budget beträgt rund Fr. 110'000.--, und dies vor allem, weil die Benutzungsgebühren tiefer als budgetiert ausgefallen sind. Im Geschäftsbericht steht, dass die Eintrittsfrequenzen im Rahmen des Vorjahres lagen, was auch mit den Zahlen entsprechen belegt wird. Auf der Seite 86 steht dann aber „Die Anzahl der Abo-Besitzer des Fitnessclubs nahm ab, was sich negativ auf die Einnahmenseite des Bads auswirkte.“ Was heisst das? Sind das die rund Fr. 100'000.-- Differenz?

Stadtrat Mario Fehr:

Bei der Abweichungsbegründung steht, dass Mindereinnahmen im Freibad (witterungsbedingt) und weniger Aboeintritte im Fitnesscenter zu verzeichnen waren. Bei einer schlechten Freibad-Saison - das war 2007 ausgesprochen der Fall - verkaufen wir weniger Einzeleintritte. Wenn jemand ein Freibad-Abo hat und mehrmals kommt, wird dies jedes Mal bei der Besucherfrequenz-Statistik erfasst. Die Abnahme bei den Fitnesscenter-Eintritten hat für uns aus folgendem Grund Einfluss: Mit dem Fitnessclub haben wir einen Vertrag, bei dem es einen festen Mietzinsanteil gibt und zu diesem hinzu kommt pro Abo-Besitzer ein bestimmter Betrag zu unseren Gunsten. Mittlerweile gibt es wieder mehr Fitness-Abos und ich hoffe, dass nächstes Jahr ein erfreulicherer Ergebnis resultiert.

Nicole Kappeler:

Ich habe keine Frage, sondern ein Feedback: Das Projekt „Midnight-Basketball“ ist eine sehr wertvolle Sache, das höre ich immer wieder aus der Bevölkerung, speziell auch von jungen Leuten. Es ist gut, wenn die Stadt Adliswil solche Projekte anbietet.

Stadtrat Mario Fehr:

Ich bedanke mich für die anerkennenden Worte und auch speziell für deinen Beitrag. Das Projekt „Midnight-Basketball“ ist wohl eine gelungene Sache, weil alle dahinter standen. Hinzu kommt, dass wir unter dem Präsidium von Carmen Marty Fässler einen Verein gründen konnten, und damit auch Kosten für die Stadt gespart werden konnten, denn der Verein hat auch von sich aus Geld beschafft. Ich glaube, dass dieser Weg der Jugendarbeit einer der besten für die Gewaltprävention ist.

Roger Neukom, S. 102, 6.2.5 Energieverbrauch:

Beim Wasserverbrauch wird ein Mehrverbrauch von 8,23 % ausgewiesen, das entspricht rund 907 m³, also rund 1 Mio. Wasser mehr. Wenn man dies auf 1'500 Schülerinnen und Schüler berechnet, macht das rund 610 l Wasser mehr. Kann sich die Schule diesen Mehrverbrauch erklären? Kann sich die Schule vorstellen, die Schülerinnen und Schüler auf das Trinkwasser - unser wichtigstes Gut - zu sensibilisieren, z. B. am jährlich stattfindenden Tag des Wassers?

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Ich kann die Frage betreffend Mehrverbrauch nicht aus dem Stegreif beantworten, ich werde dies an der nächsten Sitzung tun.

Bezüglich Sensibilisierung ist es so, dass die Schulklassen u. a. auch die Kläranlage besuchen und m. E. sind die Kinder und Jugendlichen nicht zu wenig sensibilisiert.

Beschluss

Der Geschäftsbericht 2007 wird abgenommen:

Genehmigung.

4. Zuständigkeiten zur Erteilung des Bürgerrechts

Motion von Peter Werder und vier Mitunterzeichneten betr. Übertragung der Zuständigkeiten zur Erteilung des Bürgerrechts an im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer an die Einbürgerungskommission – Änderung der Gemeindeordnung per 2010

Peter Werder und vier Mitunterzeichnete haben am 21. Mai 2008 folgende Motion eingereicht:

„Im Rahmen von § 23 des kantonalen Gemeindegesetzes sind die Gemeinden frei in der Regelung der Zuständigkeit für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts. Mit dieser Motion wird der Stadtrat beauftragt, Änderungen der Gemeindeordnung dahingehend zu veranlassen, dass die Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts an Ausländerinnen und Ausländer, für deren Aufnahme keine gesetzliche Pflicht besteht, bei der Einbürgerungskommission (heute als VKE bezeichnet) liegt.

Damit soll die Zuständigkeit für Einbürgerungen an die Einbürgerungskommission übertragen werden, die damit zu einer Kommission mit selbstständiger Verwaltungsbefugnis wird. Doppelmandate zwischen Gemeinderat und Kommission sind damit nicht mehr zulässig. Insofern ist diese Veränderung auf den nächsten Wahltermin zu legen, und zwar auf das Jahr 2010. Damit kann vermieden werden, dass einzelne Mitglieder in den Überlegungen zur Motion in einen Interessenskonflikt geraten.

Die Einbürgerungskommission setzt sich intensiv mit den Gesuchen auseinander. Es gibt keinen Grund, wieso die Mitglieder der Kommission nicht auch über die Einbürgerung entscheiden sollten. Der Stadtrat ist in diesen Prozess nicht gleich eingebunden und mit andern Tätigkeiten auf mehr strategischer Ebene beschäftigt. Der Gemeinderat kann sich nur auf die Informationen der Kommission stützen und ist mit Sicherheit weniger nahe an den Fällen als die Kommission selber.

Die heutige Situation ist paradox: Der Gemeinderat entscheidet über ein Gesuch, indem er demokratisch darüber abstimmt. Eine einzelne Gemeinderätin ist nicht verpflichtet, den Entscheid zu begründen. Allerdings handelt es sich gemäss Bundesgerichtsentscheid bei einer Einbürgerung um einen Verwaltungsentscheid, der begründet werden muss und angefochten werden kann. Der Gemeinderat ist dazu nicht in der Lage, im Gegensatz zur Kommission.

Bei dieser Veränderung geht es nicht darum, die Kriterien zu ändern. Es geht nur darum, das Vorgehen zu ändern und es in Einklang zu bringen mit dem Wesen eines Verwaltungsentscheides.

Die Motion beinhaltet zusammenfassend folgende Aufträge:

1. Die Gemeindeordnung ist dahingehend zu ändern, dass die Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts an Ausländerinnen und Ausländer, für deren Aufnahme keine gesetzliche Pflicht besteht, bei der Einbürgerungskommission liegt.
2. Die Änderung soll auf das Jahr 2010 in Kraft treten, und zwar auf die erste Sitzung nach Beginn der Amtsperiode.
3. Der Stadtrat wird beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, um die oben beschriebene Zuständigkeitsregelung umzusetzen.“

Peter Werder, zur Begründung:

Wenn man über Einbürgerungen spricht, dann von zwei Sachen, einerseits über das Verfahren, andererseits über die Kriterien (z. B. ob jemand integriert ist oder nicht). In der vorliegenden Motion geht nur ums Verfahren. Das heisst, man kann Einbürgerungen abschliessend z. B. durch den Gemeinderat oder aber auch durch eine Kommission durchführen. In unserem aktuellen Verfahren prüft die Vorbereitende Kommission Einbürgerungen (VKE) die Gesuche genau und achtet darauf, dass die Einbürgerungskriterien richtig angewendet werden. Die VKE gibt dann dem Gemeinderat eine Empfehlung ab, auf die sich die Ratsmitglieder mehr oder weniger stützen. Die Motion möchte, dass die Einbürgerungskompetenz bei einer kleinen Kommission liegt, die bei ablehnenden Entscheiden auch in der Lage ist, eine adäquate Begründung zu geben.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Gabi Barco:

Knapp 64 % der Schweizerischen Stimmbevölkerung haben am vergangenen Wochenende die Einbürgerungsinitiative mit Deutlichkeit abgelehnt. Unbegründete Entscheide auf Nichteinbürgerung von Einbürgerungskandidaten sind auch grossmehrheitlich vom Volk nicht gewollt. Der Entscheid des Bundesgerichtes aus dem Jahre 2003, womit klargemacht wurde, dass die Einbürgerung ein Verwaltungsakt sei, für den klare Spielregeln, insbesondere das Verbot der willkürlichen Behandlung gelten, wurde damit klar bestätigt. Das gilt auch für Adliswil. Ich habe wiederholt im Rat darauf aufmerksam gemacht.

Die Motion der SP-Fraktion, Übertragung der Zuständigkeit zur Erteilung des Bürgerrechts generell an die Exekutive wurde an der Sitzung vom 5. Dezember 2007 von allen bürgerlichen Parteien nicht unterstützt. Ich habe damals als Begründung insbesondere aufgeführt, dass die rechtsgleiche Behandlung bei einheitlicher Zuständigkeit besser gewahrt sei und der Stadtrat als Exekutive die verfahrensrechtlichen Garantien, insbesondere das rechtliche Gehör, jederzeit gewährleisten und eine einheitliche, rechtsgleiche und damit willkür- und diskriminierungsfreie Behandlung der einbürgerungswilligen Personen besser garantieren könne als das heutige System. Dies insbesondere auch hinsichtlich der rechtsgleichen Ausübung des auch dem Einbürgerungsverfahren teilweise innewohnenden Ermessens. Im Einbürgerungsverfahren muss mittels einer Verfügung über den rechtlichen Status von Einzelpersonen entschieden werden. Der Stadtrat als Exekutivorgan kann der Begründungspflicht, so wie diese von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung verlangt wird, aufgrund der in der Verwaltung vorhandenen Ressourcen besser nachkommen als das Parlament und damit jeden Einzelfall verfassungskonform entscheiden. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass das heutige System mit geteilter Zuständigkeit zwischen Stadt- und Gemeinderat hingegen zwischen den Einbürgerungsverfahren für Gesuchstellende mit Rechtsanspruch (erleichterte Einbürgerungen, Stadtrat) und ohne Rechtsanspruch (ordentliche Einbürgerungen, Gemeinderat) immer wieder zu einer unterschiedlichen Wertung gleicher Tatsachen und Umstände, was dem Grundsatz der Rechtsgleichheit widerspricht, führe. Dies gilt auch innerhalb des Verfahrens ohne Rechtsanspruch durch die Antragstellung des Stadtrates an den Gemeinderat (z. B.) Sprachkompetenz). Dieses Problem würde bestehen bleiben. Und genau diese Argu-

mente sprechen gegen das in der vorliegenden Motion vorgesehene System, denn es sieht wieder zwei Zuständigkeiten vor. Die erwähnten Probleme sind damit nicht beseitigt. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Exekutive zusammen mit der Verwaltung den hohen Anforderungen besser gerecht werden kann als eine Kommission, über die man dann überhaupt keine Kontrollmöglichkeit mehr hat, im Gegensatz zur von mir vorgeschlagenen Variante, wo man via RGKP jederzeit intervenieren könnte.

Dazu kommt, dass damit weder die Vereinfachung der Verfahrensabläufe noch Kosteneinsparungen verbunden sind. Die Fakten zeigen, dass der Trend in den Gemeinden in Richtung der generellen Zuständigkeit beim Exekutivorgan und der Abschaffung von bestehenden Einbürgerungskommissionen – wie es die Motion vorsieht – geht. Es wäre schade, wenn Adliswil zum heutigen Zeitpunkt ein bereits überholtes Modell wählt, obwohl die Vorzüge der ungeteilten Zuständigkeit für Einbürgerungsverfahren von vielen Gemeinden erkannt und deshalb eingeführt wurden. Ich bin der Meinung, dass der von den Motionären vorgeschlagene Weg gewisse Vorteile zum heutigen System hat, aber nicht zukunftsorientiert ist. Aus diesem Grunde werde ich diese Motion nicht unterstützen. Die SP-Fraktion hat aber Stimmfreigabe beschlossen.

Renato Günthardt:

Die Motion wird die SVP-Fraktion nicht unterstützen, da für uns klar ist, dass der Gemeinderat die Einbürgerungskompetenz nicht aus der Hand geben sollte. Wir sehen nicht, weshalb wir wieder eine Kommission mit selbständiger Verwaltungsbefugnis schaffen müssen, für die wir dann wieder kompetente Mitglieder suchen müssen und die auch zusätzliche Kosten verursachen wird. Ausserdem würde diese Kommission hinter verschlossenen Türen und ohne Einfluss des Parlamentes über die Einbürgerungen bestimmen. Dies finden wir besonders problematisch. Die SVP erachtet die heutige Lösung als optimal. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat als Gesamtgremium entscheidet, da bei 36 Mitgliedern vielleicht auch gewisse Erkenntnisse, die der Kommission im Vorfeld nicht bekannt waren, eingebracht werden können. Dass dies entscheidend sein kann, haben wir anlässlich der letzten abgelehnten Einbürgerung erlebt, damals stimmte eine Mehrheit des Gemeinderats gegen die offizielle Kommissionsmeinung. Das Argument, dass der Gemeinderat keine Begründung bei einer ablehnenden Entscheidung geben kann, sehen wir nicht. Das letzte Mal haben wir mittels Abstimmung klar die Begründung „mangelnde Integration“ beschlossen.

Eine Einbürgerung in der Schweiz bringt einmalige Mitbestimmungsrechte mit sich. Eine breite Akzeptanz durch die Bevölkerung muss notwendig sein. Ich bin kein Anhänger von Urnenabstimmungen über Einbürgerungen, aber ich bin überzeugt, dass ein Parlament faire und seriöse Entscheide fällen kann. Die SVP-Einbürgerungsinitiative ist am letzten Sonntag zwar abgelehnt worden und somit wird das Rekursrecht nicht ausgeschlossen. Im indirekten Gegenvorschlag des Bundes, der nun wahrscheinlich zum Tragen kommen wird, sind Einbürgerungsentscheide durch das Parlament oder die Gemeindeversammlung ausdrücklich zugelassen, sofern sie auch begründet werden. Es ist deshalb unnötig, bei uns eine Änderung der Einbürgerungskompetenz zu beschliessen. Im Namen der SVP-Fraktion ersuche ich Sie, die vorliegende Motion abzulehnen.

Peter Werder:

Ich komme nochmals auf die Vorteile der Motion zu sprechen.

- Begründung bei ablehnenden Entscheiden:
Im Gemeinderat können wir uns nur mit einem demokratischen Beschluss auf eine Begründung einigen, in einem Gremium mit z. B. fünf Personen wird dies diskutiert und im Sinne der Kollegialbehörde nach aussen vertreten.
- Genauere Prüfung: Eine Kommission kann die Gesuche viel genauer prüfen als wir es tun können.

Im vergangenen November haben wir die SP-Motion abgelehnt, weil wir die Zuständigkeit nicht beim Stadtrat sehen, er sollte nicht über 50 oder 70 Einbürgerungsgesuche entscheiden müssen. Und wenn dafür die Verwaltung eingesetzt werden muss, ist das auch eine geteilte Zuständigkeit, zwar nicht aus rechtlicher Sicht, sondern aus operativer Sicht. Mich würde noch interessieren, wie die Kontrolle durch die RGPK aussehen würde, wenn die Einbürgerungskompetenz beim Stadtrat läge.

Die Einwände von Renato Günthardt, dass eine Kommission geschaffen würde, sind so nicht richtig, denn die bestehende Kommission würde in den Kompetenzen umgebaut, und zusätzliche Kosten sind für mich nicht ersichtlich.

Stadtrat Mario Fehr:

Zum Einwand, dass die Bürgerrechtskommission weniger geeignet sein soll als der Stadtrat oder auch umgekehrt, kann ich folgendes sagen: Wir haben im Zürcher Verfassungsrat sehr lange über die Frage „ist eine Bürgerrechtskommission geeigneter als ein Stadtrat“ diskutiert. Am Schluss war der Konsens, dass die einen eine Bürgerrechtskommission und die anderen einen Stadtrat als geeigneter empfanden. Viele Mitglieder des Verfassungsrates bewerteten aber beide Varianten als geeigneter als die Gemeindeversammlung oder das Parlament). Von daher gesehen ist sowohl die SP-Motion als auch die vorliegende Motion ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Gabi Barco:

Seit der Verfassungsdebatte sind rund zehn Jahre vergangen. Ich hatte Kontakt mit dem Amt für Gemeinden und der Trend ist so, wie ich ihn erwähnt habe.

Bezüglich Kontrolle durch die RGPK - diese Möglichkeit hatte ich in Motion erwähnt, die Stadt Zürich hat dies übrigens auch vorgesehen - geht es darum, dass die RGPK z. B. dort, wo Verdacht besteht, auf Verfahrensmängel hinweisen kann.

Beschluss

Die Motion von Peter Werder und vier Mitunterzeichneten betr. Übertragung der Zuständigkeiten zur Erteilung des Bürgerrechts an im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer an die Einbürgerungskommission – Änderung der Gemeindeordnung per 2010 wird an den Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überweisen:

Zustimmung mit 20 : 8 Stimmen.

5. Fussgängerstreifen Soodstrasse

Postulat von Clemens Ruckstuhl und sieben Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Soodstrasse, Beantwortung

Der Stadtrat hat das von Clemens Ruckstuhl eingereichte Postulat vom 13.2.2007 betreffend die Fussgängerstreifen auf der Soodstrasse wie folgt beantwortet:

Der Stadtrat hat bereits am 17.01.2007 das Ressort Sicherheit beauftragt, bei der Verkehrstechnischen Abteilung (VTA) der Kantonspolizei einen Antrag für die Beibehaltung von Fussgängerstreifen in den Tempo-30-Zonen rechts der Sihl einzureichen. Es handelt sich um die Querungen: Feldweg bei Haus Nr. 21, Tiefackerstrasse beim Krebsbachweg, Eggstrasse bei der Pfeiffenweid, Obertilstrasse bei der Rütistrasse, Rütistrasse bei der Obertilstrasse und Rütistrasse bei Haus Nr. 14.

Gleichzeitig mit der Sanierung der Soodstrasse wurde am 15.05.2007 ein zweites Gesuch um die Beibehaltung und Neumarkierung von vier Fussgängerstreifen an die Kantonspolizei gestellt.

Beide Gesuche sind abgelehnt worden, weshalb das Ressort Sicherheit um die Zustellung einer anfechtbaren Verfügung ersucht hat.

Die VTA der Kantonspolizei hat beide Anträge zu einem Geschäft zusammengefasst und gestützt auf § 4 der kantonalen Signalisationsverordnung der eigens dafür geschaffenen Verkehrstechnischen Kommission übergeben. Die Kommission hat am 18.09.2007 in Adliswil jeden einzelnen der geforderten Fussgängerstreifen begutachtet. In der Tempo-30-Zone rechts der Sihl sind sechs von sieben Fussgängerstreifen einstimmig abgelehnt worden. Die vier Fussgängerstreifen auf der Soodstrasse wurden ebenfalls einstimmig, jedoch mit der Zusatzbemerkung – einstweilen – abgelehnt.

Am 11.12.2007 hat sich der Stadtpräsident und die Ressortvorsteher Unterhalt, Tiefbau und Sicherheit, durch eine Dreier-Delegation der VTA Kantonspolizei über die Ablehnungsgründe ausführlich informieren lassen.

Der Stadtrat hat das Thema an seiner Sitzung vom 29.01.2008 aufgenommen und entschieden, hauptsächlich wegen der erwarteten hohen Kosten für notwendige Gutachten und die notwendige juristische Unterstützung den Rechtsweg nicht zu beschreiten, sondern nach einem einfacheren Weg zu suchen.

Weitere Abklärungen haben ergeben, dass es keine Alternative gibt und sich der finanzielle Aufwand bei einer allfälligen Einleitung des Rechtsweges in einem vertretbaren Rahmen bewegen dürfte. Der Stadtrat ist deshalb gewillt, an den ursprünglich eingereichten Begehren festzuhalten. Es ist aber nach wie vor das Ziel, mit der Kantonspolizei eine einvernehmliche Lösung zu suchen, was auch nach der Zustellung einer rekursfähigen Verfügung möglich ist.

Clemens Ruckstuhl, zur Beantwortung:

Aus beruflichen Gründen fahre ich sehr viel durch die Soodstrasse, und ich erlebe immer wieder sehr gefährliche Situationen. Dies hat mich dazu bewogen, das Postulat einzureichen. Einerseits hat man nun die Strasse beruhigt, andererseits sehe ich, wie nachteilig sich dies im Alltag auswirkt. Zum Beispiel gestern Mittag bin ich wie schon öfters Zeuge von folgender gefährlicher Situation geworden: Zwei Kindergartenkinder standen auf

dem Trottoir. Es herrschte starker, hektischer Gegenverkehr. Zwei Autofahrer mussten sich gegenseitig ausweichen - auf das Trottoir, wo die Kinder standen, und die Kinder wussten überhaupt nicht mehr, was sie machen sollten.

Ich verstehe die Antwort vom Stadtrat und bin auch bereit, das Postulat abzuschreiben, aber ich hoffe nur, dass nichts passiert. Es hilft nämlich niemanden, wenn zwar die gesetzlichen Vorschriften eingehalten sind, aber sich irgendwann ein schlimmer Unfall ereignet. Von der Stadt Zürich habe ich übrigens noch gehört, dass zum Teil Kommissionen eingesetzt werden, die dann Fussgängerstreifen anbringen. Ich meine einfach, drei Fussgängerstreifen auf der Soodstrasse würden sehr viel zur Beruhigung und Entschärfung beitragen. Ich hoffe nur, dass nie was Schlimmes passiert.

Stadtrat Didier Falbriard:

Ergänzend zur schriftlichen Antwort kann ich sagen, dass wir am 11. Juni nochmals eine Begehung mit dem Kanton haben, wo wir sämtliche Fussgängerstreifen nochmals prüfen, in Zusammenarbeit mit dem Ressort Tiefbau. Nur: selbst ein Fussgängerstreifen garantiert keine 100 %-ige Sicherheit, er ist aber sicher hilfreich. Leider haben wir ein Gesetz, das im Moment auf der Soodstrasse keine Fussgängerstreifen ermöglicht. Aber wir werden weiterhin dafür kämpfen.

Beschluss

Das Postulat von Clemens Ruckstuhl und sieben Mitunterzeichneten betr. Fussgängerstreifen Soodstrasse wird als erledigt abgeschrieben:

Zustimmung.

6. Verkehrsunfälle Grütstrasse (SRB 100/08)

Interpellation von Susy Senn betr. Verkehrsunfälle Grütstrasse, Beantwortung

Der Stadtrat hat die von Susy Senn eingereichte Interpellation vom 12.2.2008 betreffend Verkehrsunfälle Grütstrasse wie folgt beantwortet:

1. Frage:

Wie viele Unfälle wurden seit dem Aufstellen der Hindernisse effektiv an der Grütstrasse registriert?

Am 1.11.07 hat die Kantonspolizei rapportiert, dass eine unbekannte Person mit ihrem Fahrzeug in einen Signalisationsständer gefahren ist und diesen beschädigt hat. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, ist der/die Fahrzeuglenker/-in weitergefahren. Weitere Unfallprotokolle sind durch die Polizei nicht aufgenommen worden. Die Polizei hat davon Kenntnis genommen, dass auf der Grütstrasse dreimal in Betonelemente gefahren worden ist.

2. Frage:

Wie viele Unfälle wurden in den drei Jahren vor der Einführung von Tempo 30 an der Grütstrasse registriert?

Vom 1.05.02 bis 30.04.07 sind durch die Polizeiorgane auf der Grütstrasse zwei Unfälle mit Blechschaden angezeigt und rapportiert worden. In beiden Fällen war die Fahrbahn entweder vereist oder schneebedeckt. Nicht zur Anzeige gelangte Unfälle sind bei der Polizei nicht registriert.

3. Frage:

Weiss der Stadtrat was zu den Unfällen geführt hat?

Da keine Polizeirapporte vorliegen, kann der Stadtrat darüber nur Mutmassungen anstellen. Mangelnde Aufmerksamkeit, zu schnell gefahren, falsche Einschätzung der Distanz zu den Parkplatzabschlüssen dürften zu den Kollisionen geführt haben.

4. Frage:

Ist der Stadtrat der Meinung, die Sicherheit entlang der Grütstrasse hätte sich seit dem Aufstellen der Hindernisse verbessert?

Es ist erwiesen, dass sich die Sicherheit in Langsamfahrzonen für alle Verkehrsteilnehmer verbessert. Dazu muss die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit aber auch eingehalten werden.

5. Frage:

Wer trägt die Kosten für das Ersetzen, resp. Reparieren der Hindernisse oder werden deformierte Hindernisse durch die beim Friedhof gelagerten Betonklötze ersetzt?

Schäden an den Fahrzeugen müssen durch die Lenker übernommen werden. Bisher musste kein Element ersetzt werden. Beim Friedhof werden keine Betonelemente gelagert.

6. Frage:

Trifft es zu, dass die Hindernisse vor allem nachts schwer zu erkennen sind?

Elemente sind mit Reflektoren und Glaskugeln gut gekennzeichnet. Fachleute bezeichnen diese Ausführung als sicher.

7. Frage:

Wie gedenkt der Stadtrat die unbefriedigende Situation zu verbessern?

Der Gemeinderat hat beschlossen, auf der Grütstrasse Tempo 30 einzuführen. Das neue Temporegime ist durch die Kantonspolizei auf der Planungsgrundlage von Suter, von Känel, Wild, Orts- und Regionalplaner, Zürich, verfügt worden. Die bisherigen Messungen haben ergeben, dass zu schnell gefahren wird; Spitzengeschwindigkeiten von 55 km/h werden bei jeder Kontrolle festgestellt. Falls keine Reduktion der Geschwindigkeiten erreicht wird, wird die Kantonspolizei zusätzliche bauliche Massnahmen anordnen.

Susy Senn, zur Beantwortung:

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Antwort auf Frage 2 lautet, dass in den letzten fünf Jahren vor Einführung von Tempo 30 und insbesondere vor dem Erstellen von unmöglichen Hindernissen nur zwei Unfälle mit Blechschaden auf vereister und schneebedeckter Strasse aufgetreten sind. Jetzt sind aber innerhalb von 1 ½ Jahren bereits mehrere Unfälle aufgrund dieser Hindernisse passiert. Da frage ich mich schon, wieso der Stadtrat auf die Idee kommt, bei nicht Einhaltung der Geschwindigkeit (siehe Antwort 7) noch mehr solcher Hindernisse aufzustellen. Dass dies weder zu einer Verlangsamung des Verkehrs noch zu zusätzlicher Sicherheit führt, hat doch gerade die Realität und die Erhöhung der Unfallzahlen ausdrücklich gezeigt. Im Gegenteil, der Autofahrer fühlt sich schikaniert, seine Aufmerksamkeit wird vom Verkehr abgelenkt und seine Aggressivität steigt. Ich hoffe, dass der Stadtrat seine Verkehrspolitik an der Grütstrasse und eventuell an weiteren von ihm bezeichneten Sammelstrassen nochmals überdenkt und nicht wartet, bis schlimmere Unfälle mit Personenschäden passieren. Ich erinnere auch daran, was der ehemalige Stadtrat Hans Aeberli einmal gesagt hat, nämlich dass der Stadtrat Wert auf die Akzeptanz von Tempo 30 durch die Bevölkerung legt.

Stadtrat Didier Falbriard:

Zur Erinnerung: Am 2.4.03 hat der Gemeinderat einen Antrag von einem Ratsmitglied, die Grütstrasse aus dem Tempo 30-Konzept zu streichen, abgelehnt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Strasse für die Tempo-30-Zone zu breit ist. Es wird extrem schnell gefahren, das haben Messungen gezeigt. Der Kanton wird in diesem Sommer die Einführung der Tempo-30-Zonen auf dem ganzen Stadtgebiet prüfen, und wir müssen damit rechnen, dass dort weitere Massnahmen ergriffen werden müssen. Leider ist das so.

Schluss der Sitzung: 22.10

Die Präsidentin weist darauf hin, dass der Ratsausflug am 5.9.08, ab ca. 13.30 Uhr, stattfinden wird.

Für die Richtigkeit:

Ida Hofstetter, Ratssekretärin